An alle Haushalte in Neu-Ulm

»STADTGESPRÄCH«

AKTUELLES AUS DER CSU-STADTRATSFRAKTION | AUSGABE AUGUST 2018

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge als Chance verstehen

Straßenausbaubeiträge fallen weg

Der Bayerische Landtag hat am 14. Juni 2018 mit großer Mehrheit den Gesetzentwurf der CSU-Landtagsfraktion zur endgültigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Freistaat Bayern beschlossen.

Nach den neuen Bestimmungen sollen die Kommunen alle Bescheide aufheben, die ab dem 1. Januar 2018 verschickt wurden. Sollten Bürger für Bescheide aus dem laufenden Jahr bereits gezahlt haben, sollen ihnen diese Beträge zurückerstattet werden, allerdings erst im Jahr 2019. Damit soll sichergestellt werden, dass die Kommunen die hierfür notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen können.

Der Freistaat beteiligt sich künftig an den Kosten des Straßenausbaus, indem 100 Millionen Euro als Ersatz für fehlende Einnahmen zur Verfügung gestellt werden. Sowohl der CSU-Stadtverband Neu-Ulm als auch die CSU-Stadtratsfraktion hatten sich bereits 2017 zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in einem dringenden Appell an die CSU-Landtagsfraktion und an die kommunalen Spitzenverbände gewandt. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass im Jahr 2018 erhobene Ausbaubeiträge von der Stadt Neu-Ulm kurzfristig an betroffene Grundstückseigentümer zurückgezahlt werden können.

Das Gesetzespaket zur Abschaffung der zweifelsohne umstrittenen Ausbaubeiträge sollte auch als Chance verstanden werden. In letzter Zeit wurde um notwendige und sachlich gebotene Straßensanierungen heftig gestritten, wenn sich abzeichnete, dass Ausbaubeiträge erhoben werden müssen. Verzögerungen oder gar Stillstand beim notwendigen Ausbau und städtebaulicher Aufwertung von Straßen können wir uns nicht leisten. Die spannende Herausforderung, zukünftig ausreichende Finanzmittel für den Straßenausbau ohne Ausbaubeiträge bereitstellen zu müssen, wird künftig von der Stadt im Rahmen des Haushalts zu lösen sein. Dies muss auch als Chance verstanden werden, vor Ort künftig einvernehmlich sowohl über die Ausbaumaßnahme als auch die Finanzierung zu befinden.

Johannes Stingl

NEWSLETTER

Mit unserem Newsletter bekommen Sie regelmäßig Informationen aus der Fraktion. So sind Sie immer auf dem Laufenden. Anmeldung bitte auf unserer Webseite: www.csu-fraktion-nu.de.

Neues Kinderhaus für Neu-Ulm und Offenhausen

Endspurt für Bärenhöhle

Noch ist die „Bärenhöhle" eine Baustelle.

Wer zukünftig in Neu-Ulm die „Bärenhöhle" besichtigen will, kann sich demnächst die weite Anreise in den Landkreis Reutlingen sparen. Dies trifft jedenfalls für Kleinkinder und Kinder im Alter bis zu ca. 6 Jahren aus der Innenstadt von Neu-Ulm bzw. aus Offenhausen und ihre Eltern zu. Denn im September 2018 wird in Neu-Ulm im Offenhauser Gries neben dem Hallenbad ein neues Kinderhaus unter diesem Namen eröffnet. In diesem Kinderhaus werden dann im Endausbau insgesamt 39 Kleinkinder im Krippenbereich sowie 75 Kinder im Kindergartenalter betreut werden können. Nach einer relativ kurzen Bauzeit von ca. 1 Jahr wird sich dadurch die Betreuungssituation im Neu-Ulmer Osten wesentlich verbessern. Letztlich werden dann ca. 42 % der Neu-Ulmer Kinder im Alter zwischen 1 Jahr und 3 Jahren in städtischen Einrichtungen sowie Einrichtungen der freien Träger betreut werden können. Neu-Ulm hat ein Herz für Kinder und ihre Eltern! Deshalb werden jährlich große Summen in den Neubau von Kinderbetreuungseinrichtungen investiert. Ferner wird der laufende Betrieb durch eine Defizitvereinbarung mit den freien Trägern erheblich subventioniert. Dieser vorbildliche Beitrag der Stadt, der von der ganzen Bürgerschaft getragen wird, ist eine nachhaltige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft!

Thomas Mayer

Kindergarten in Ludwigsfeld festlich eingeweiht

Andreas am See

Die Krippe „Andreas am See" mit 24 Kindern gibt es schon etwas länger. Nun wurde im Mai der Anbau eingeweiht, in dem 75 Kindergartenkinder Platz finden.

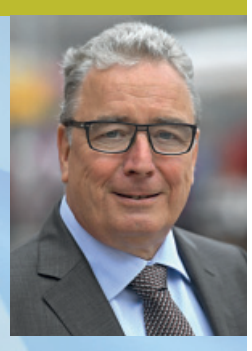
Der neue Kindergarten für 75 Kinder.

Zwei Gruppen laufen schon seit März dieses Jahres, im Herbst wird die dritte gestartet. Die Stadt hat das Kinderhaus für etwa 1,5 Mio Euro gebaut (bezuschusst mit 0,77 Mio Euro); betrieben wird es von der Evangelischen Andreasgemeinde Ludwigsfeld. Pfarrer Bernhard Werner und die Kindergartenleitung haben aus einer Einweihung einen ganzen Einweihungstag gemacht, einen Festtag: am Morgen Gottesdienst mit Beteiligung der Kinder, dann unter Begleitung der Feuerwehr gemeinsamer Spaziergang zum neuen Kindergarten; dort fröhlich gefeiert mit Grußworten, Essen, Trinken, Tanzen, Baumpflanzen, Baumgießen, Spielen, Oldtimerfahren, Kinderschminken, Segnen und Musik von der Andreasband. Die Andreasgemeinde demonstrierte ihre Liebe zu den Kindern und ihre Freude über das neue Kinderhaus bunt, blühend, aber auch besinnlich.

Im Stadtrat lief der Kindergarten unter dem Arbeitstitel „Kindertagesstätte Ulmer Hofgut". Absicht war, einen wichtigen Teil notwendiger Infrastruktur zu schaffen, bevor die Familien, die Kinderbetreuungsplätze brauchen, im Baugebiet „Ulmer Hofgut" einziehen. Das ist gelungen, das Kinderhaus steht und das Bauen im benachbarten Hofgut begann jetzt mit dem Spatenstich der NUWOG. An dieser Stelle sei allen Baubeteiligten großer Dank gesagt. Sie haben ein schönes, freundliches Kinderhaus geschaffen. Helle Räumlichkeiten, ansprechende Architektur, gefälliger Garten. Ein tolles Ergebnis aus der Erfüllung städtischer Aufgaben.

Dr. Bernhard Maier

KLARTEXT



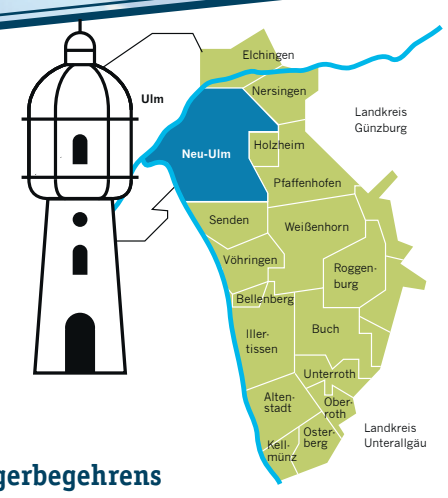
Liebe Leserinnen und Leser,

Neu-Ulm ist lebens- und liebenswert. Neu-Ulm trägt das, wofür es steht, im Namen: „Neu". „Wir leben Neu" ist auch das Motto unseres Stadtjubiläums. „Wir leben Neu" – weil unsere Stadt die Kraft und den Mut hat, Neues anzupacken und die Dinge zu gestalten. Weil die Menschen, die unsere Stadt ausmachen, von Pioniergeist geprägt waren und auch heute noch in die Zukunft denken.

Unser Jubiläum kommendes Jahr soll daher mehr sein, als nur ein kurzer Festakt. Wir wollen mit und für unsere Bürgerinnen und Bürger feiern. Weil Sie es sind, die unsere Stadt mit Leben füllen und weil wir eines wollen: Auch in Zukunft mit Ihnen die Dinge gestalten und Neues wagen. Und ich denke, es tut uns gut, einmal die Gelegenheit zu nutzen, um zurückzuschauen auf das, was hinter uns liegt. Und auf das, was unsere Stadt erreicht hat, was wir Neu-Ulmer erreicht haben, stolz zu sein.

Aber diese Gelegenheit des Rückblicks soll nicht zum Stillstand verleiten. Wir feiern gemeinsam 150 Jahre Stadt Neu-Ulm, 150 Jahre „Neu" – und das bietet auch Gelegenheit, uns weiter aktiv Gedanken über die Zukunft unserer Stadt zu machen und gemeinsam das, was vor uns liegt, anzupacken.

Ihr
Gerold Noerenberg
Oberbürgermeister



Ablehnung des Bürgerbegehrens zur Kreisfreiheit

Keine Bauchentscheidung mit Ermessensspielraum!

Ein Bürgerentscheid hat in Bayern die Wirkung eines Stadtratsbeschlusses. Deshalb hat der bayerische Gesetzgeber diesen an sehr enge Zulässigkeitvoraussetzungen gebunden. Sofern der Stadtrat der Überzeugung ist, dass ein eingereichtes Bürgerbegehren rechtswidrig ist, muss er dieses als unzulässig ablehnen. Dies geschah in Bayern 1995 bis 20015 nach einer Untersuchung von „Mehr Demokratie e.V." statistisch gesehen bei 12,3 % aller eingereichten Bürgerbegehren.

Was hat in Neu-Ulm zum Entschluss des Stadtrates geführt, das Bürgerbegehren abzulehnen? Die von der Stadtverwaltung beauftragten zwei Rechtsanwaltskanzleien aus Heidelberg und München haben vorliegend nicht nur einen kritischen Punkt, sondern eine Vielzahl von Punkten aufgedeckt, die mit der Bayerischen Gemeindeordnung nicht im Einklang stehen. Für eine Ablehnung aus Rechtsgründen ist aber schon ein einziger Fehler ausreichend!

Auszugsweise zwei Beispiele:

Fragestellung des Bürgerbegehrens
Ein Bürgerbegehren muss eine eindeutige Fragestellung besitzen, über die der Stadtrat bzw. hier nun die Bürger, abstimmen dürfen. Die Fragestellung im Bürgerbegehren war zum einen zeitlich überholt. Der Entschluss, die Kreisfreiheit in München anzustoßen, war schon im Stadtrat gefallen, bevor die Unterschriften abgegeben worden sind.

Zum anderen darf ich nur darüber abstimmen – gleich ob im Stadtrat oder im Bürgerentscheid – was in die Zuständigkeit der Stadt Neu-Ulm fällt. Die Entscheidung darüber, ob Neu-Ulm kreisfrei wird, wird aber im Bayerischen Landtag entschieden. So könnte im Stadtrat z.B. auch nicht beschlossen werden, dass der Landkreis den Neu-Ulmern ein neues Gymnasium bauen muss oder, dass Glyphosat bayernweit verboten wird.

Begründung des Bürgerbegehrens
Ein Bürgerbegehren muss begründet werden. Sollte die Begründung nicht mehr (zumindest in allen Punkten) zutreffend sein, darf diese aber während der Sammlung der Unterschriften nicht einfach geändert werden. Ansonsten bestünde seitens der Unterschriftensammler eine Blanko-Vollmacht, die gesammelten Unterschriften zu jeglichem Thema verwenden zu können.
Auch muss die Begründung von den im Bürgerbegehren genannten Initiatoren stammen; weitere Helfer, die Unterschriften sammeln wollen, können nicht eigene Begründungen dazu erfinden und dann auf selbst gefertigten Papieren Unterschriften sammeln, die dann am Schluss zu einem einzigen Bürgerbegeren zusammengefügt werden.
Das hat auch dazu geführt, dass letztlich anfangs nicht genügend gültige Unterschriften gesammelt worden waren (erforderlich: 2.615, tatsächlich: 2.604).

Prof. Dr. Hilmar Brunner

IMPRESSUM
Verantwortlich für den Inhalt:
CSU-Stadtratsfraktion Neu-Ulm
Fraktionsvorsitzender:
Johannes Stingl, Malerweg 4,
89233 Neu-Ulm, Telefon: 0731/8802281
www.csu-fraktion-nu.de,
kontakt@csu-fraktion-nu.de
Facebook: https://www.facebook.com/
Redaktion:
Dr. Bernhard Maier, Waltraud Oßwald
Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.
Bilder: CSU-Fraktion, Ulrich Wagner (OB) CSU.NEUULM. Druck: Hagenmaier, Neu-Ulm, Auflage: 17.400 Stück

Interessante Gespräche bei kulinarischen Schmankerln

Neu-Ulmer Stadtfest

Hahn im Korb? Dr. Bernhard Maier fühlt sich jedenfalls sichtlich wohl im Kreise seiner CSU-Damen.

Es ist schöne Tradition, dass die CSU Neu-Ulm sich aktiv beim Neu-Ulmer Stadtfest einbringt. Mit ihren Ortsverbänden und der Fraktion waren die CSUler mit Freude dabei, um ihren Teil zum Gelingen des Bürgerfestes beizutragen. Am Stand gab es leckere, selbstgebackene Kuchen, Kaffee sowie „Scharfe im Semmel" und gegrillte Rote Würste. Es war viel zu tun im vollen Zelt.
Unsere gut gelaunte Mannschaft am Stand war voll in Action und freute sich über den Meinungsaustausch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Und manch einer aus dem Team fühlte sich fast schon wie der Hahn im Korb.

Waltraud Oßwald

Anbau an das Heimatmuseum Pfuhl

Neuer Verwaltungsraum

Mit großer Freude haben die Museumsfreunde mit dem Anbau eines Geschäftszimmers begonnen.

Vor mehr als 10 Jahren musste für die Arbeiterwohlfahrt Pfuhl eine neue Unterkunft gefunden werden. Als Zwischenlösung haben die Museumsfreunde ihr Büro zur Verfügung gestellt, in der Hoffnung, dass die AWO baldmöglichst in eigene Räume umziehen kann. Weil dies bis heute nicht gelungen ist, wurde der Bedarf der Museumsfreunde immer dringlicher. Denn die seither provisorisch als Büro eingerichtete „5-qm-Ecke" genügte den Erfordernissen für die Verwaltungsarbeit längst nicht mehr.
Der Museumsstadel ist mittlerweile als kulturelle Einrichtung und für kleinere Veranstaltungen mit seinem gemütlichen Ambiente und seiner freundlichen Atmosphäre nicht mehr weg zu denken. Deshalb haben die Museumsfreunde einen Antrag und eine Planung für den Anbau eines Geschäftszimmers an das bestehende Gebäude bei der Stadt Neu-Ulm eingereicht, die dafür eine Genehmigung erteilt hat. Die Museumsfreunde haben sich bereit erklärt, mit Eigenleistungen und einem finanziellen Zuschuss von 20 % der Baukosten beizutragen.
Das Fundament für den 14 qm großen Anbau ist gelegt, die Bauarbeiten gehen zügig voran. Sie können hoffentlich in wenigen Wochen zur Freude und Zufriedenheit aller abgeschlossen werden. Ein Dank geht auch an die Stadt Neu-Ulm für die Unterstützung.

Ursula Hörger

Ein Anbau am Pfuhler Heimatmuseum wird so manches Platzproblem lösen.

NEU-ULM IST JETZT FAIRTRADE-TOWN

Auf Antrag der CSU-Fraktion hat sich die Stadt Neu-Ulm entschlossen, Fairtrade-Stadt zu werden. Der Beschluss für sich war der Anfang, aber die Arbeit hat damit erst begonnen. Nachdem die Fairtrade-Steuerungsgruppe unter meinem Vorsitz ihre Arbeit aufgenommen hatte, engagierten sich Stadtratsmitglieder und Neu-Ulmer Bürgerinnen und Bürger dafür, weitere Unterstützer aus Handel, Gastronomie, Kirchen sowie Vereinen zu finden – und das mit Erfolg. So konnte der Stadt kurz vor Weihnachten des letzten Jahres feierlich das Zertifikat „Fairtrade Town" übergeben werden.

Und es geht weiter: Wir wollen uns auch künftig dafür einsetzen, dass die Aufmerksamkeit für das Thema faire Produkte und

Arbeitsbedingungen in der Welt steigt. Neu-Ulm übernimmt damit Verantwortung und leistet seinen Beitrag für mehr Gerechtigkeit in Produktion und Handel.
Sie wollen uns ebenfalls unterstützen? Dann melden Sie sich unter info@katrin-albsteiger.de. Wir freuen uns!

Katrin Albsteiger

Kampagne Fairtrade Towns
FAIRTRADE